

# Vom Kinderheim in die Schulden

Die Basler Regierung will ehemalige Heim- und Pflegefamilienkinder unterstützen. Doch mit den Massnahmen sind nicht alle zufrieden.

**Oliver Spiess**

Auf einem Formular für staatliche Unterstützung die Kontaktdaten der Eltern angeben? Für die meisten Menschen ein Leichtes. Nicht so für viele «Careleaver», also junge Erwachsene, die in einem Heim oder bei einer Pflegefamilie aufwuchsen: Oftmals wissen sie gar nicht mehr als die Ämter, die von ihnen jene Infos verlangen. Und nicht selten kennen sie ihre leiblichen Eltern gar nicht erst – und übernehmen dennoch Schulden von diesen. Die Basler Regierung will als Reaktion auf LDP-Grossrat Raoul Furlanos Motion Abhilfe schaffen. Ganz zufrieden ist jener mit den Bestrebungen der Exekutive aber nicht.

Vor rund vier Monaten reichte Furlano die Motion ein, die stillschweigend an die Regierung überwiesen wurde. Die persönliche Erfahrung eines betroffenen Menschen im Bekanntheitskreis habe auf das Problem aufmerksam gemacht. Nun beantragt die Exekutive dem Grossrat die Überweisung des Vorstosses als Anzug.

Laut Mitteilung sehe sie die Problematik, wolle zusammen mit dem «Care Leaver Netzwerk Region Basel» die Situation analysieren, um gezielt an einzelnen, spezifisch problematischen Stellen ansetzen zu können. So etwa bei den angesprochenen Formularen, wo laut Thomas Mächler, Leiter des Bereichs Jugend, Familie und Sport beim Basler Erziehungsdepartement, auch andere Lösungen gefunden werden könnten. Beispielsweise die Hinzufügung eines Feldes «Ich weiss es nicht» bei geforderten Elterninformationen.

## Regierung vertröstet auf nationale Massnahmen

Doch ein Hauptanliegen übergeht die Regierung: Die Schaffung und Anerkennung des Status als Careleaver, der gegenüber Amtsstellen als Nachweis dienen könnte, keine Informationen über die Eltern geben zu können. So kommentiert Mächler, manche Careleaver wollten nach aussen gar nicht so offiziell etikettiert werden. Zudem wisse man momentan gar nicht, bei welchen Artikeln man ansetzen



Nicht alle Careleaver stehen nach ihrer Entlassung vor günstigen Bedingungen.

Bild: Keystone

müsste, um solch eine Neuerung im Gesetz festzuschreiben. Nur «teilweise befriedigt» äussert sich entsprechend Furlano zu der Regierungsantwort: «Die Verbindlichkeit kommt mir zu kurz.»

Hinter der Skepsis steht noch ein anderes Anliegen, bei dem die Regierung an den Staat verwies: So können auf Careleaver bei Erreichen der Volljährigkeit Schulden ihrer Eltern, etwa versäumte Krankenkassenprämien,

zukommen. Derzeit ist beim Bund eine Änderung des Krankenversicherungsgesetzes in Vernehmlassung, das 2022 in Kraft treten und diesen Missstand beheben soll. LDP-Grossrat Thomas Mürty fragte die Bas-

## Careleaver-Netzwerk

Studien belegen, dass Careleaver in verschiedenen Lebensbereichen benachteiligt sind. Eine weitere Studie der hiesigen Hochschule für Soziale Arbeit zeigte zudem, wie wertvoll diesbezüglich der Austausch Betroffener ist. Deshalb riefen das Bürgerliche Waisenhaus Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz 2019 das Projekt Care Leaver Netzwerk Region Basel ins Leben, das Betroffenen den Austausch und die Beratung durch ältere Careleaver in Form eines «Gotti- und Göttimodells» ermöglicht. Aktuell bemühen sich das Basler und das Zürcher Netzwerk um die Gründung einer nationalen Lobbyorganisation. (obi)

ler Regierung per Interpellation nach schnelleren Lösungen. Diese antwortete jedoch, man sehe «in dieser Situation für den Kanton keine zusätzlichen Massnahmen als kurzfristige Überbrückungslösung».